



Dr. Nina Scheer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Positionierung

zur Frage der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen auf Basis der Sondierungsergebnisse von CDU/CSU und SPD vom 12.01.2018

19. Januar 2018

Derzeit wird intensiv über die Frage nach einer Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD. Gemäß Bundesparteitagsbeschluss vom Dezember 2017 entscheidet darüber ein SPD-Bundesparteitag, der nun am 21. Januar in Bonn stattfinden wird.

Als Bundestagsabgeordnete erreichen mich viele Zuschriften, sowohl von Bürgerinnen und Bürgern als auch innerparteilich. Sie gehen denkbar weit auseinander: von der Erwartungshaltung, dass eine Koalition zwischen CDU/CSU und SPD das Beste für unser Land sei, unausweichlich oder auch nur das kleinste Übel sei, bis hin zu einer kategorischen Absage an eine erneute GroKo. Beide Richtungen verbinden ihre Erwartungshaltung dabei teilweise mit der Ankündigung, bei jeweils anderslaufender Entwicklung oder Entscheidung, die SPD nicht mehr zu wählen oder aber aus der Partei auszutreten.

Mit den Sondierungsergebnissen werden Themen und Schritte genannt, die das Leben der Menschen zum Besseren verändern können. Sicher stellt dies für sich genommen einen Grund dar, in Koalitionsverhandlungen mit der Union einzutreten. Entsprechenden Sichtweisen begegne ich insofern mit Respekt. Gleichwohl plädiere ich in einer Gesamtabwägung für ein Nein und zwar aus den folgenden Gründen:

Ich halte es für verkürzt, die Sondierungsergebnisse für sich allein genommen zu betrachten. Sie sind vielmehr im Kontext zu sehen.

Alternative Modelle bieten die Chance der Stärkung des parlamentarischen Diskurses

Aufgrund von grundlegenden Einigungsschwierigkeiten zwischen Union und SPD kamen während der letzten Legislaturperiode häufig keine überzeugenden Ergebnisse, sondern kleinste gemeinsame Nenner heraus. Diese wurden allerdings von beiden Seiten als Erfolge kommuniziert, um bloß nicht als Verlierer zu gelten. So glichen die Koalitionsparteien sich trotz ihrer häufig gegensätzlichen politischen Zielrichtungen schleichend aneinander an.

Die politische Gestaltung zog sich zunehmend auf die engsten Führungsgremien der Parteien – in Zusammenarbeit mit den Ministerien – zurück. Dies ging auf Kosten der parlamentarischen Gestaltung und des öffentlichen parlamentarischen Diskurses – zulasten der Erkennbarkeit von Unterschieden zwischen den Parteien und ihren Fraktionen. Meines Erachtens ist dies einer der maßgeblichen Gründe, weshalb der rechte Rand so stark werden konnte.

Die genannten Effekte führten bei der SPD (Ähnliches mag für CDU/CSU gelten) zu einer Stärkung solcher Positionen, Inhalte und politischen Akteure, die noch am ehesten eine Schnittmenge mit dem Koalitionspartner bilden konnten. Dies führte zu einer schleichenden programmatischen Veränderung der Volksparteien – auf Kosten von klaren, mutigen und streitbaren Zielen und damit auch auf Kosten des klaren Profils beider großen Volksparteien. Dies spiegelt sich wiederum in dem aktuell gespaltenen Meinungsbild zum Umgang mit den Sondierungsergebnissen. Wo politische und parlamentarische Gestaltung gefragt ist, bedarf es aber starker, thematisch breit aufgestellter Akteure.

Insofern liegt in alternativen parlamentarischen Vereinbarungen eine große Chance, den gesellschaftlichen Diskurs, das Ringen um Ziele und Umsetzungsschritte zurück ins Parlament zu holen – gemäß der je nach Thema zu erlangenden Mehrheiten. Das Instrument von Gruppenanträgen könnte so eine neue Dimension erlangen – sie werden getragen von jedem einzelnen Abgeordneten. Populisten müssen dann Farbe bekennen. Sie können nicht schlicht auf Ablehnung der Regierungskoalitionsentwürfe gehen. Andere Themen, für die etwa großkoalitionäre Einigungen möglich sind und die mit Blick auf den internationalen Kontext erforderlich sind, können durch Kooperationen entstehen, die sich auch in der Regierung abbilden.

Auch die Bedeutung des Parlaments gegenüber den Ministerien würde mit alternativen Modellen, wie etwa einem Kooperationsmodell, gestärkt. Die Entwicklung zeigt, dass mit immer komplexer werdenden Regierungsentwürfen, die sich gemeinhin schlicht an den Einigungen unter den Parteispitzen, den Ministerpräsidenten und dem Kabinett orientieren, eine Verschiebung legislativer Aufgaben auf Exekutivorgane stattfindet. In dann häufig noch stark verkürzten parlamentarischen Verfahren bleibt in den Regierungsfractionen letztlich faktisch nur die Zustimmung. Dies wird der Rolle des Parlaments nicht gerecht und bietet wiederum Einfallstore für Populisten. Es ist nicht von ungefähr, dass sich die AfD im Plenum derzeit mit schlichter körperlicher Präsenz präsentiert.

Für den Fall eines Nichtzustandekommens einer schwarz-roten Koalition können sich meines Erachtens CDU/CSU möglichen alternativen Regierungsmodellen nicht verschließen, wenn sie nicht selbst hierdurch Neuwahlen inszenieren wollen. Die

bereits von Seiten der Kanzlerin erklärte Absage an alternative Modelle kann insofern nicht zum Maßstab des parlamentarisch Möglichen genommen werden, als dass sie versucht sein wird, zunächst den aus ihrer Sicht bevorzugten Weg zu gehen. Alternative Modelle würden aber dann an Relevanz gewinnen, wenn eine schwarz-rote Koalition nicht zustande kommt. Auf weitere Gründe gehe ich im Kontext der diskutierten und im Folgenden aufgegriffenen Argumente ein.

Argument: „Es ist die staatspolitische Verantwortung der SPD, auch mit Blick auf das Ausland, stabile Verhältnisse zu schaffen“

Die Annahme, dass ein schwarz-rotes Bündnis das stärkst mögliche Bündnis wäre, teile ich nicht. Eben die oben genannten Effekte zeigen, dass eine erneute schwarz-rote Koalition heute eine im Kern ausgehöhlte Stabilität bedeutete und „auf Abruf“ wäre. Ein Anzeichen bietet dafür gar das Sondierungspapier selbst, indem es eine Überprüfung nach zwei Jahren vorsieht. Allein diese Aussage ist das Gegenteil von Stabilität und wird international sicher so gesehen werden. Eine für den internationalen Kontext erforderliche Stabilität ist substanziell eher zu gewinnen, wenn sich koalitionäre Einigungen auf entsprechende Themenfelder konzentrierten, ohne hierbei zugleich eine Reihe unliebsamer begleitender Kompromisse in Kauf nehmen zu müssen. Eben Letzteres nähme der Koalition Kraft und böte Raum für Auseinandersetzungen, die auf Kosten der gemeinsam zu verfolgenden Themen und Ziele gingen und somit auch auf Kosten der für den internationalen Kontext aufzubringenden Stabilität.

Ich teile somit die Ansicht, dass auch die SPD eine staatspolitische Verantwortung für internationale Stabilität trägt. In dem Eingehen eines erneuten schwarz-roten Bündnisses sehe ich mit den heute gefundenen Sondierungsergebnissen aber keine zielführende Grundlage, hingegen sehr wohl in einem Kooperationsmodell.

Argument: „Mit einem Nein veranlasst die SPD Neuwahlen“

Das Argument hält einer genaueren Betrachtung des Grundgesetzes nicht stand. Der Weg zu Neuwahlen ist nicht so kurz wie unterstellt. Der Bundespräsident kann den Bundestag nicht schlicht auflösen. Er kann es nur, wenn ein von ihm vorzuschlagender Kanzler auch beim dritten Wahlgang keine absolute Mehrheit erlangt. Und selbst dann muss er es nicht; selbst dann könnte er den Kanzler bzw. die Kanzlerin ernennen.

Der Schritt eines von der Union vorzuschlagenden Kandidaten wird auch bei der Union Diskussionen auslösen. Es mag sein, dass Angela Merkel auf diesem Weg in ihren eigenen Reihen abgelöst wird. Wenn nicht, ist sie weiterhin die erklärte Kandidatin ihrer Partei und Fraktion. Für diesen Fall erachte ich es äußerst unwahrscheinlich, dass ihre Fraktion sie bei der Kanzlerwahl nicht wählte! Denn

wenn sie sie nicht wählten, müssten sie sich ihrerseits den Vorwurf gefallen lassen, Neuwahlen zu provozieren. Dieses Risiko würde die Union sicher nicht eingehen.

Auch für den Fall, dass Angela Merkel abgelöst würde, wäre mit einer Kanzlerwahl des neuen Kandidaten bzw. der neuen Kandidatin durch die Union zu rechnen. Die Union wird hingegen sicher nicht – wie teilweise behauptet – für solch einen Fall einen Kandidaten aufstellen, um diesen dann eben nicht zu wählen. Denn auch dann würde sie die Kanzlerwahl zur Inszenierung von Neuwahlen missbrauchen.

So gesehen: Ob Angela Merkel oder ein Nachfolger ein solcher Kandidat wäre: Die Unionsfraktion wird sie oder ihn mehrheitlich wählen.

Mit dem Ansinnen, das Parlament zu stärken, eine Regierungsarbeit unter der Führung der Union auf ausgewählte Punkte zu reduzieren und im Übrigen ohne koalitionsäre Bindung parlamentarisch zu wirken – einer sogenannten Kooperationslösung oder Minderheitsregierung, könnte die SPD einen vorgeschlagenen Unions-Kanzlerkandidaten mitwählen. Ich halte es für durchaus wahrscheinlich, dass so gesehen eine absolute Mehrheit erreichbar wäre. Für diesen Fall könnte der Bundespräsident den Bundestag nicht auflösen; es gäbe zu diesem Zeitpunkt keine Neuwahlen.

Richtigerweise hat die SPD auf eben diese Kooperationslösungen früh hingewiesen – zugunsten einer lebendigen Demokratie, die Populismus zurückdrängen wird. Meines Erachtens gibt es keinen Grund, hiervon abzurücken, nur weil Angela Merkel eine solche Regierungsform bislang ablehnte. Aus ihrer Position heraus musste sie dies tun, denn andernfalls hätte sie die von ihr favorisierte Option einer Großen Koalition nicht verhandeln können. Sollte es allerdings auch für sie keine andere Option geben, wird ihr keine andere Möglichkeit bleiben, als weitere Optionen zu erwägen.

Es ist in der Tat vorstellbar, dass vor dem Ablauf der Legislaturperiode von dem oder der auf dem skizzierten Weg ernannten KanzlerIn die Vertrauensfrage gestellt wird. Der Zeitpunkt hängt von dem Verlauf der gefundenen Form ab. Sicher wird dies nicht sofort sein (wie teilweise unterstellt), denn auch dann würde sich die oder der KanzlerIn den Vorwurf gefallen lassen müssen, den Regierungsauftrag nicht ernsthaft angenommen zu haben. Bis zu möglichen (späteren) Neuwahlen kann die Zeit genutzt werden, die in den letzten Wochen gefundene verstärkte parlamentarische Debattenkultur auszubauen. Warum soll daraus die SPD geschwächt vorgehen? Ganz im Gegenteil: Es ist für die demokratischen Parteien eine Chance – und eine Möglichkeit, den Erneuerungsprozess in der parlamentarischen Praxis umzusetzen. Im Falle einer fortgesetzten schwarz-roten Koalition sehe ich kaum die Chance, den erforderlichen Reformbedarf zielführend anzugehen.

Das Argument: „Die Sondierungsergebnisse sind besser als alles andere derzeit Erreichbare“

Sicher haben die SondiererInnen das in dieser Situation Möglichste erreicht. Zugleich bindet das Einigungswerk (so es zu entsprechenden Koalitionsvereinbarungen kommen sollte) wie alle Koalitionsvereinbarungen die koalierenden Parteien in einer Weise, die die beteiligten Parteien und Fraktionen in ihrem eigenständigen politischen Aktionsrahmen stark einschränkt. Dies ist für sich genommen normal, denn andernfalls könnten Koalitionen leicht ausgehebelt werden.

In der gegenwärtigen Situation schwindender Volksparteien-Profile halte ich es für problematisch, diesen Weg eingeschränkter politischer Aktionsrahmen zu gehen, denn dies gibt populistischen Stimmen Aufwind und könnte die AfD weiter stärken.

Allenfalls die Verständigung auf herausragende Leuchtturmprojekte hätte eine andere Voraussetzung geschaffen. Solche sind mit den Sondierungen allerdings nicht erzielt worden. Das Sondierungspapier lässt hingegen große fundamentale Unterschiede in der politischen Zielvorstellung von CDU, CSU und SPD erkennen. So heben sich Aussagen gegenseitig auf oder es sind unklare Zeitvorgaben enthalten. Wenn etwa vereinbart wird, dass für die Kohleenergienutzung ein Enddatum gefunden werden soll, dies aber ohne Datum hinterlegt ist, wurde faktisch keine Verbindlichkeit erzielt. Am Mittwochabend nach Abschluss der Sondierungen nannte ein CDU-Politiker im Plenum hierfür den Zeitrahmen 2040-2050. Hiermit wären die – ebenfalls mit dem Sondierungspapier enthaltenen – Klimaschutzziele schon nicht erreichbar. Im Landwirtschaftskapitel sind Aussagen zur Nachhaltigkeit enthalten; zugleich aber wird das Kriterium der Marktfähigkeit benannt. Es ist absehbar, dass die Umsetzung von Schritten in Richtung nachhaltiger Landwirtschaft eben an diesem offenkundig von Seiten der Union eingebrachten Kriterium nicht gelingen wird. Es ließen sich viele weitere Beispiele nennen.

Vgl. auch: <http://www.nina-scheer.de/zur-sache/aktuell-zur-sache/687-nina-scheer-zu-den-aktuellen-ergebnissen-der-sondierungen-zwischen-cdu-csu-und-spd.html>

Argument: Mit einem Nein zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen nehmen die Delegierten den Mitgliedern die Möglichkeit des Mitgliederentscheids“

Von Seiten des Parteivorstands und auch SPD-Bundestagsabgeordneten, vernehme ich verstärkt das Argument, ein Nein zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen beraube die Partei eines Mitgliederentscheids.

Zum einen sollte man anerkennen, dass die Entscheidung durch den Bundesparteitag der Beschlusslage der Partei entspricht.

Nach meiner Überzeugung hat ein Mitgliederentscheid zudem nur dann die erklärte basisdemokratische Wertigkeit, wenn wirklich Entscheidungsfreiheit besteht. Sollte es im Rahmen von Koalitionsverhandlungen zu massiven Verschlechterungen gegenüber dem Sondierungspapier kommen, wäre eine solche Entscheidungsfreiheit wohl gegeben. Wenn es aus unserer Sicht aber nur gleichbleibend oder geringfügig schlechter ist und der Parteivorstand gegenüber der Mitgliedschaft den Abschluss eines Koalitionsvertrages empfehlen wird, wird es angesichts des dann entstandenen Zeitdrucks und des sich bis dahin entwickelten innerparteilichen Entscheidungsmarathons keine wirklich freie Entscheidung der Mitglieder sein können.

Bei gleichbleibenden Ergebnissen wird man von der Mitgliedschaft öffentlich erwarten, dass sie schon deswegen nicht mit Nein stimmen „darf“, weil sich die Partei zu einem solchen Nein dann ja auch schon Wochen (oder Monate?) früher (nach Abschluss der Sondierungen) hätte entscheiden müssen – aus Rücksicht auf die öffentliche Erwartung nach einer möglichst früh zu bildenden neuen Regierung. Und eben diesen mittelbaren Druck empfinde ich als nicht zielführend – weder als GroKo-Grundlage noch für den innerparteilichen Zusammenhalt und erst recht nicht mit Blick auf Erneuerungsbedarfe.

Wie auch immer die Entscheidung am Sonntag ausgehen wird. Es wird verstärkt auf den basisdemokratischen Diskurs sowie einer zu stärkenden parlamentarischen Gestaltung ankommen, um den politischen und werteorientierten Handlungsbedarfen bestmöglich gerecht zu werden. Diesen Zielen fühle ich mich als Bürgerin, Parteimitglied sowie Bundestagsabgeordnete verpflichtet und möchte sie Seit an Seit mit euch verfolgen.

Dr. Nina Scheer · Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de · www.nina-scheer.de

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin · Tel.: 030 227 73537 · Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg · Manhagener Allee 17 · 22926 Ahrensburg

Wahlkreisbüro Geesthacht · Markt 17 · 21502 Geesthacht